

Kurzposition

Monitoringbericht zur Energiewende

Das Bundeswirtschaftsministerium (BMWE) hat am 15. September 2025 das Energiewende-Monitoring veröffentlicht. Das Monitoring umfasst 1) eine Bestandsaufnahme zur Energiewende durch das EWI Köln / BET (i.A. des BMWE) sowie 2) die daraus resultierenden Schlussfolgerungen des BMWE.

Das BMWE greift mit seinen Schlussfolgerungen verschiedene Aspekte und Maßnahmen auf, für die sich in der Vergangenheit auch die WVMetalle ausgesprochen hat.

Das BMWE betont, dass der **Zahlungsfähigkeit und Belastbarkeit** von Industrie, Wirtschaft und Haushalten in der Vergangenheit zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Darauf soll zukünftig stärker der Blick gerichtet werden. Eine **Gesamtkostenanalyse** des Energiesystems soll erarbeitet werden. Demzufolge würde die Energiewende erstmals ein **Preisschild** bekommen. Dies würde in die Richtung einer quantifizierenden Bewertung des energiepolitischen Ziels Bezahlbarkeit gehen, was sehr zu begrüßen und auch Forderung der WVMetalle ist.

Bundeswirtschaftsministerin Reiche betonte in ihrem Pressestatement, dass **Strompreise international wettbewerbsfähig** sein müssen. Die Energiepolitik soll neu ausgerichtet werden: Kosteneffizienz, Pragmatismus, Marktwirtschaft, Innovationsfreundlichkeit sowie Technologieoffenheit sollen in den Fokus anstelle von Ideologie, unverhältnismäßigen Anforderungen und Definitionen (sog. „Goldstandard-Definitionen“), administrativen Vorgaben und Bürokratie.

Als Schlüsselmaßnahmen definiert das Bundeswirtschaftsministerium folgende, für die NE-Metallindustrie relevante, Maßnahmen:

- **„Ehrliche Bedarfsermittlung und Planungsrealismus“:** Abgeleitet vom Monitoring von EWI / BET konstatiert das BMWE für 2030 eine Stromnachfrage: zwischen 600 und 700 Terrawattstunden (TWh) Strom, mit Tendenz zum unteren Rand. Für die weitere Planung der Infrastruktur (Netze, Offshore-Anbindung, HGÜ-Leitungen) bedarf es daher Anpassungen an diesen realistischen Strombedarf. Kurz gesagt: Es werde weniger Ausbau an Infrastruktur benötigt, was grundsätzlich kostensenkend wirkt.
- **Umstellung des EE-Fördersystems auf einem markt- und systemdienlichen Rahmen:** Der EE-Zubau soll zukünftig stärker marktwirtschaftlich und systemdienlich organisiert werden. Die Vergütung bei negativen Preisen soll vollständig beendet werden. Statt der bisherigen fixen Einspeisevergütung soll die Förderung des EE-Ausbau zukünftig über Contracts-for-Difference (CfD) erfolgen. Die WVMetalle begrüßt die grundsätzliche Neuausrichtung des Bundeswirtschaftsministeriums in Richtung Markt. Die Umstellung auf einen marktlichen Ausbau hat die WVMetalle in der Vergangenheit mehrfach konsequent gefordert. Es bestehen jedoch Zweifel, ob allein die Umstellung auf CfD die gewünschte marktliche Wirkung erzielen kann. Zu prüfen ist aus unserer Sicht, ob es nicht zielführender ist, zukünftig generell auf Investitionskostenzuschüsse zu setzen. Dies ist aus unserer Sicht ebenso zu prüfen, wie die Abschaffung der Entschädigung bei Abregelung sowie ein grundsätzliches Enddatum der Förderung.
- **Synchronisierung Netzausbau, sowie EE- und Speicher-Zubau:** Für einen netzfreundlichen Zubau von Anlagen und einer effizienten Nutzung bestehender Netzkapazitäten favorisiert das Bundeswirtschaftsministerium mit Blick auf erneuerbare Energien und Speicher Instrumente wie kapazitätsbasierte Netzentgelte, regional differenzierte Baukostenzuschüsse und Netzpumpen. Dies soll eine bedarfsgerechtere Stromeinspeisung forcieren und somit die Kosteneffizienz des Gesamtsystems reduzieren. Die stärkere Synchronisation des EE-Zubaus mit

dem Infrastrukturausbau ist zu begrüßen, da dies die (Kosten-)Effizienz des Gesamtsystems erhöht. Die WVMetalle hatte dies bereits in der Vergangenheit gefordert.

- **Technologieoffener Kapazitätsmechanismus:** Noch möglichst in 2027 soll ein technologieoffener Kapazitätsmarkt eingeführt werden, um die prognostizierte Lücke in der Bereitstellung gesicherter Leistung (s. u.a. Bericht zur Versorgungssicherheit BNetzA) zu schließen. Die WVMetalle bewertet Versorgungssicherheit als wichtiges Gut und einen entscheidenden Standortfaktor für die Industrie im Allgemeinen und die NE-Metallindustrie im Besonderen. Aber: Der Industrie dürfen hierbei jedoch keine neuen Kostenbelastungen auf den Strompreis entstehen, da ansonsten die Wettbewerbsfähigkeit der Stromversorgung nicht mehr gewährleistet ist. Hier greift der Antagonismus zwischen den energiepolitischen Zielen Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit. Wenn der Kapazitätsmechanismus über eine Umlage finanziert werden soll, dann bedarf es hierbei auch einer wirksamen Entlastung für die energieintensive Industrie. Dies steht jedoch aktuell im Widerspruch zum europäischen Beihilferechtsrahmen CISAF (Clean Industrial Deal State Aid Framework). Wenn die Strompreise international wettbewerbsfähig sein sollen – wie Bundeswirtschaftsministerin Reiche auf ihrer Pressekonferenz zu Recht gesagt hatte – darf es keine neuen Mehrbelastungen auf den Strompreis geben.
- Die **einheitliche Strompreiszone in Deutschland soll erhalten bleiben**. Um die Effizienz des deutschen Energiemarktes zu erhöhen, sollen kurzfristig Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz des Netzengpassmanagements entwickelt und umgesetzt werden.
- **Flexibilität des Stromsystems voranbringen:** Positiv zu bewerten ist, dass das BMW in puncto Flexibilisierung des Stromsystems in erster Linie auf Digitalisierung und die effiziente Synchronisierung von Netz-, erneuerbaren Energien-, Speicher-, und Elektrolyseur-Zubau setzt. Das BMW scheint an dieser Stelle durchaus die Restriktionen der Industrie hinsichtlich der Bereitstellung von Flexibilitäten anzuerkennen, wie wir dies in der Vergangenheit kommuniziert haben.
- **Förderregime überprüfen und systematisch Subventionen senken:** Alle Fördermaßnahmen und Subventionen sollen auf den volkswirtschaftlichen Nutzen hin überprüft und auf das unbedingt notwendige Maß reduziert werden. Unterstützende Maßnahmen sind gezielt anzuwenden auf **energieintensive Unternehmen** sowie Forschung und Entwicklung. Grundsätzlich soll der Emissionshandel – als Leitinstrument – die führende Rolle bei der Prämierung und Priorisierung der effizientesten Energieform übernehmen. Mit Blick auf die Industrie schlussfolgert das BMW an der Stelle: „Für die **Industrie** brauchen wir eine realistische Lösung, die ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit erhält.“

Aus unserer Sicht steht für die **Industrie** hierbei der einleitende Satz der Bundesministerin im Zentrum: Strompreise müssen international wettbewerbsfähig sein. Es braucht eine internationale Betrachtung der Energiepreise und vor allem auch der klimapolitischen Ambitionsniveaus. Solange in Deutschland und Europa durch klimapolitische Maßnahmen, wie Emissionshandel, Stromsteuer, EE-Ausbau, etc. Mehrkosten auf der Stromrechnung der Unternehmen entstehen, die unsere internationalen Wettbewerber nicht haben, solange sind Entlastungen an diesen Stellen essenziell für unsere energieintensiven Unternehmen hierzulande.

Die Untersuchung von EWI/ BET ist eine Metaanalyse, die weitestgehend auf vorhandenen Studien und Berichten basiert.

Berlin, den 23. September 2025

Kontakt:

Michael Schwaiger

Leiter Energiepolitik

Telefon: 030 / 72 62 07 – 122

E-Mail: schwaiger@wvmetalle.de

WirtschaftsVereinigung Metalle, Wallstraße 58/59, 10179 Berlin